

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com

Mobil: 0173 / 644 78 03

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

EUROPÄISCHES PARLAMENT

- Präsident -
Herrn Martin Schulz
rue Wiertz
B-1049 B r ü s s e l
BELGIEN

Eichwalde, den 10. November 2016

Ihr Schreiben vom -

Ihr Zeichen -

Mein Schreiben vom -

Verstärkung des Zusammenhalts Europas
durch Rückkehr zur wirtschaftlichen Konvergenz
der Euro-Zone;
Vorschläge zur Stärkung der europäischen
Wettbewerbsfähigkeit in Überwindung auch der Folgen
der Welt-Finanz- und -Wirtschaftskrise

Sehr geehrter Herr Präsident,

angesichts des überraschenden Ergebnisses des amerikanischen Präsidentschafts-Wahlkampfes durch ein massives Votum zumindest der sich als abgehängt fühlenden US-Bürger und des schwindenden europäischen Zusammenhalts von Bürgern und Staaten, welche in Europa Ähnliches empfinden, wird deutlich, daß auch in Europa Änderungen der bisherigen Politik erforderlich sind, um den weiteren Zusammenhalt der Europäischen Union zu sichern und somit Europas Stellung in der Welt auch zukünftig wahrnehmen zu können.

Ursachen des derzeitigen Auseinanderdriftens sind die wachsende Ungleichheit innerhalb und zwischen den Staaten Europas durch die Globalisierung bei weiterhin neoliberaler Finanzpolitik und die poli-

- 1969-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftstheorien in zwei Wirtschaftssystemen
- 1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß, Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte, Fachschule für Schweißarbeiten und Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektrotechnik, Humboldt-Universität zu Berlin, Sekt. Elektronik
- 1973-75 Diplomierung und Promotion als Externer mit Untersuchungen zur Systemtatsachenhaft von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von heuristischen, Simulations- und algorithmischen Programmen
- 1972, 1974 Pflichtprüfstoffler und Humboldtpreisträger der Humboldt-Universität von Berlin
- 1957-64 Assistent-Dozent für Mathematik, Physik und technische Fächer
- 1950-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer Grundstofffragen im DEUTSCHEN MIETRECHT (DMR)
- 1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des Landesocialrates Cottbus
- 1953-73 Selbständiger Konstrukteur
- 1973-91 Ingenieur für erstockungsbegleitende Standardisierung/Normung
- 1994 Beauftragter
- um 1960 Veröffentlichung "Zur Thema Präzisionsfertigung" mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter Maßabweichungen für Typen, Sorten und Chargen für Duroplast-Formstoffteile, MASSE UND KAUSCHUK
- 1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus zum Austausch Plastverarbeitung (Verhinderung der Einführung des sowjetischen Gost-Toleranz- und Passungssystems wegen der Einführung des internationalen ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystems)
- 1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik in der Volkswirtschaft I.A. des ASW Berlin
(Teil: Ermittlung erforderlicher Aufgaben für Forschung/Entwicklung und Standardisierung, Teil: Erstockungs-Aufgabenfolge-Netzplan, Kosten-Nutzen-Analyse)
mit den Co-Autoren Dr. Wilfried Schauf, Zentrallaborstudie für Kunststoffverarbeitung Leipzig und Dipl.-Phys. Dieter von Straßnitz, TU Dresden
- 1969-69 Berechnung der Belastung von geometrischer Toleranz (statist. Methode) zu mathematischer Toleranz (worst-Case-Methode) für Maßketten zur Ermittlung von Fertigungskostenminderung durch größere Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber exportiert)
- um 1970 Ermittlung der Parameter des Elastifizierungsprozesses von Duroplastformteilen aus Amorph-Ringförmigen-Verteilungen, Eröffnungsvortrag der Sektion Kunststoffverarbeitungstechnik einer der Internationalen Fachtagungen PLASTIK 84 der Kaiser der Technik, Dresden
- um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Pflichtenplans der Sowjetunion im Rahmen des Funktionstheorems, Humboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus (Verhinderung der Einführung der sowjetischen Zuverlässigkeitsmethoden in der Maß-, Steuer- und Regelungsstechnik)
- 1980 Dissertationsklausurauffassung in FEINERMETALLURGI 29(1980) H.4 S.182
- Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft mit ökonomischen Skizzen über NEUES FORM an Zentralen Runden Tisch und Regierung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations-Steuer) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (feste Wechselkurse) an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages zur Beendigung von Globalisierungsproblemen noch vor der ERM-Einführung
- 2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttosozialproduktes (BSP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den Beitritt zur ERM-Zone an die Bundesregierung und an die Landesregierung Brandenburg
- 2006-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für die Beendigung der Welt-Finanz- und -Wirtschaftskrise sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Entwurfsprozesses Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge, Vorschläge, Ausarbeitungen und Presse-Informationen und -Erläuterungen im Rahmen der EICHWALDE BEI FÜR EICHWALDE, BEI DEN SCHWALDHEIM UND NACHFOLGER in der Bürger-Initiative NEUES ANLIEGER BER.
In enger Zusammenarbeit mit der SCHLENDORFER INTERESSENKOMMUNITÄT (EEN FUGLÄM) (vgl. <http://berlin-brandenburg-21.de> sowie www.eichwalde.com und www.bvbb-ev.de)
- 2016 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE UM DIE GEMEINDE EICHWALDE durch wissenschaftliche Arbeit

tische Erweiterung der Europäischen Union und speziell der Euro-Zone ohne genügende Beachtung ökonomischer Erfordernisse.

Der Brexit, die Etablierung verstärkt nationalkonservativer Regierungen und Parteien und Bewegungen in Europa und die Zunahme der Armut auch in der Eurozone sowie die Flüchtlingskrise erfordern ein stärkeres ökonomisches Gegensteuern, als dies bisher über EZB-Anleihen-Aufkäufe und Niedrigzinspolitik erreichbar waren und sind, weil hierdurch gerade diejenigen bisher benachteiligten Bürgergruppen betroffen sind, welche in den USA real begründet oder aus Zukunftsängsten heraus die Wende herbeiführten, nämlich Unterprivilegierte bis hin zum Mittelstand. Auch in der EU ist der Anteil der Geringeinkommensbezieher gewachsen und der Anteil der Bezieher mittleren Einkommens geschrumpft.

Aus den vorgenannten Gründen vertritt ich die Ansicht, daß die Europäische Union in Europa diese Wende unter Vorlage konkreter Vorschläge zur Verbesserung der Situation bewirken sollte, um die europäische Konvergenz und Kohäsion nachhaltig zu sichern.

Ich gestatte mir daher, Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, anliegend meine **Vorschläge zur Stärkung der Europäischen Wettbewerbsfähigkeit** in Überwindung der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise durch mehr Konvergenz und Kohäsion zu übersenden.

Die Tatsache, daß kürzlich zehn europäische Staaten beschlossen, kurzfristig jene Finanztransaktionssteuer einzuführen, welche ich bereits vor etwa zwei Jahrzehnten als "Tobin-Steuer" an alle drei damals oppositionellen Parteien des Deutschen Bundestages herantrug, und die Tatsache, daß bereits etwa die Hälfte meiner 2009 vorgeschlagenen Finanzmarktregulierungen von der Politik aufgegriffen wurden, machten mir Mut, nunmehr auch an das Europäische Parlament heranzutreten, da die bisher bereits ergriffenen Maßnahmen ganz offensichtlich noch nicht ausreichend sind.

Deshalb müssen nun sukzessive Fehler der Vergangenheit so schnell wie möglich korrigiert und neue Finanzierungsquellen erschlossen werden, um spekulatives Kapital für Wirtschaft und Sozialsysteme nutzbar zu machen.

Dies betrifft z.B. auch Hedge-Fonds, deren Erfordernis von der Finanzwirtschaft stets mit dem Hinweis auf Exportabsicherung in fremde Währungsgebiete begründet wird, obwohl diese Anwendung m.W. nur ca. 3% ihres Umfanges betrifft und nur für diesen Anteil weiterhin eine Zulassung bestehen bleiben sollte.

Hierzu gebe ich bekannt, daß ich vor Jahren an derjenigen Tagung der Bundestagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN teilnahm, an welcher die Zulassung von Hedge-Fonds und Private Equity Fonds in Deutschland zur Debatte stand und anlässlich welcher sich alle Teilnehmer mit Ausnahme der zwei diese Zulassung vorschlagenden Teilnehmer gegen eine Zulassung aussprachen - trotzdem erfolgte wenige Monate später eine Zulassung.

Dergleichen Fehlentscheidungen gilt es zu korrigieren, und ferner fehlt es bisher an Maßnahmen zur Berücksichtigung von Erfahrungen aus dem Verlauf der damaligen Buchwährung ECU.

Die vorliegende Arbeit berücksichtigt Erkenntnisse aus Prof. Thomas Pikettys Werk "Das Kapital im 21. Jahrhundert" sowie der Bertelsmann-Stiftung im Rahmen der VISION EUROPE SUMMIT.

Meine Vorschläge wurden vor kurzem auch der EU-Kommission übermittelt (Anl.).

Es gibt z.Z. m.E. weltweit genügend dringend zu lösende perspektivische Aufgaben, welche bei Nutzung vorhandener Finanzressourcen hierfür Arbeit und Einkommen für alle Bürger sichern und die wachsende Ungleichheit als Ursache vieler Spannungen weitgehend mindern können.

Ich hoffe daher, daß das Europäische Parlament meinen Vorschlägen weitgehend zustimmen und ggf. die Europäische Kommission bei deren Umsetzung unterstützen wird. Hierfür wünsche ich Ihnen viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen



- Dr.G.Briese -

2 A n l a g e n